Politische Forderungen der Beratungsstelle TAMAR zur Kommunalwahl 2025 in NRW zum Themenbereich Prostitution

Politikerinnen und Politiker in Städten und Kommunen sind gefordert, sich für eine verbindliche Absicherung und Weiterentwicklung der behördenunabhängigen Beratungsangebote für Menschen in der Sexarbeit und Prostitution einzusetzen. Die Beratungsstelle TAMAR in Trägerschaft der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen sieht gerade auf der kommunalen Ebene zahlreiche konkrete Handlungsmöglichkeiten: So ist bei der konkreten Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) vor Ort der Schutzgedanke für Prostituierte in den Mittelpunkt zu stellen!

Unsere Forderungen an die Parteien im Einzelnen:

- Langfristige, kostendeckende und bedarfsgerechte Finanzierung der spezialisierten Prostituierten- und Ausstiegsberatungsstelle TAMAR durch Land und Kommunen;
- eine flächendeckende Optimierung der gesundheitlichen Angebote und ein niedrigschwelliger Zugang zu Präventionsangeboten für alle Sexarbeiter*innen und Prostituierten;
- besserer Datenschutz bei den Datenerhebungen durch das Prostituiertenschutzgesetz;
- besserer Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Umschulungs- und anderen Qualifizierungsmaßnahmen für Prostituierte, die sich beruflich verändern wollen;
- erleichterter Zugang zum Sozialleistungssystem für Armutsprostituiertere und für Sexarbeiter*innen in der beruflichen Neuorientierung;
- Förderung von Anti-Stigmatisierungskampagnen;
- Sensibilisierung von Behörden im Umgang mit Prostituierten;
- dauerhafte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Prostituierten.

Prostitution und Sexarbeit ist gesellschaftlich und moralisch immer noch ein Tabu. Ein generelles Verbot von Prostitution halten viele für die Lösung der Probleme von sexueller Ausbeutung, Menschenhandel und sexueller Gewalt.

Ein Verbot verhindert aus unserer Sicht jedoch weder Prostitution noch Menschenhandel, sondern führt zu einer Verschiebung in die Illegalität. Die betroffenen Frauen sind Gewalt und Ausbeutung schutzloser ausgeliefert und verlieren die Möglichkeit, sozial- und krankenversichert zu sein.

Prostituierte und Betroffene von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung sollten mit ihren je eigenen Problemen, Sorgen, Wünschen und Träumen wahrgenommen werden. Sie sollten keine Projektionsfläche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen werden.

Prostitution und Sexarbeit ist nicht nur ein Phänomen der Großstädte, sondern auch im ländlichen Bereich und kleineren Städten vorhanden. Auch hier besteht das Recht auf den Zugang zu vorurteilsfreier, parteilicher und anonymer Beratung.

Zum Hintergrund:

TAMAR bietet Beratung Frauen in der Prostitution im Münsterland und Südwestfalen an. Von Soest aus setzt sich TAMAR für das Recht von Sexarbeiter*innen auf ein selbstbestimmtes, vorurteilsfreies Leben und Arbeiten in der Prostitution gerade im ländlichen Gebiet ein. Die in Trägerschaft der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen e.V. tätige Beratungsstelle unterstützt außerdem Frauen bei der Entwicklung einer Lebensperspektive außerhalb der Prostitution.

Die Beratungsstelle finanziert sich aus kommunalen Mitteln. In Südwestfalen finanzieren die Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein und Soest sowie die Stadt Hamm gemeinsam 90 % einer Personalstelle sowie von Honorarkräften und Sachkosten. Im Münsterland finanzieren die Kreise Steinfurt, Coesfeld und Borken gemeinsam 90% einer Personalstelle sowie von Honorarkräften und Sachkosten. Für den Eigenanteil ist die Trägerin auf Spenden angewiesen.

Die Mitarbeiterinnen beraten und begleiten Frauen*, die in Clubs, Bars, Apartments, Wohnungen, Wohnwagen und Kneipen sexuelle Dienstleistungen anbieten. Mobile, aufsuchende Arbeit ist ein wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt der Beratungsstelle.

Ein weiterer Schwerpunkt stellt die individuelle Beratung und Begleitung der in der Prostitution tätigen Frauen* dar. Die Beratung erfolgt zumeist muttersprachlich, niederschwellig und klientinnenzentriert, telefonisch oder persönlich.

Um Sexarbeiterinnen bei ihren Anliegen innerhalb und außerhalb der Prostitutionstätigkeit zu unterstützen, bilden Kooperationen mit anderen Beratungsstellen oder Behörden eine wichtige Grundlage. Zu den wichtigsten Netzwerkpartnern*innen gehören Ordnungsämter, Gesundheitsämter, Jobcenter, Sozialämter, Polizei, Ausländerbehörden, Finanzämter, Steuerberater*innen, Frauenberatungsstellen, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Frauenhäuser.

Des Weiteren beteiligt sich TAMAR an unterschiedlichen kommunalen Vernetzungen und ist überregional Mitglied im Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiter*innen e.V. (BUFAS) und in der „Initiative Respekt und Schutz für Sexarbeitende“.

TAMAR – Prostituierten- und Ausstiegsberatung
Feldmühlenweg 17 | 59494 Soest | Tel.: 02921 371244 | info@tamar-hilfe.de |
www.tamar-hilfe.de